

Antworten

13.10.2023 Jamila Schäfer

13.10.2023 Empfangsbestätigung und Weiterleitung Isabelle Erdelmeier - Wahlkreisbüro Deborah Düring, MdB

22.09.2023 Anna Deckenbach -Büro Felix Banaszak MdB

19.09.2023 Agnieszka Brugger

18.09.2023 Volker Goll, Büroleiter Bayern/WK Aschaffenburg, Niklas Wagener MdB

13.09.2023 Leon Eckert

07.09.2023 Bruno Hönel - versendet durch Sophia Marie Pott

06.09.2023 Hannah im Büro Johannes Wagner

05.09.2023 Marcel Schröder Büro Max Lucks MdB

05.09.2023 Beate Walter-Rosenheimer

05.09.2023 Salome Oniani Büro Dr. Jan-Niclas Gesenhues MdB (nicht inhaltlich, nur Empfangsbestätigung)

04.09.2023 Infoservice der Bundestagsfraktion

13.10.2023

Betreff: AW: Bundeshaushalt 2024: Deutschlands Friedensfähigkeiten stärken statt schwächen!

Datum: Fri, 13 Oct 2023 13:59:01 +0000

Von: Schäfer Jamila <jamila.schaefer@bundestag.de>

An: Thomas Mohr <thomas-mohr@gmx.de>

Lieber Thomas,

vielen Dank für Deine Nachricht.

Als Grüne verfolgen wir im Haushaltsausschuss ein klares Ziel: Internationale Gerechtigkeit muss auch im Haushalt finanziell unterlegt sein. Gemeinsam mit FDP und SPD haben wir im Koalitionsvertrag verankert, dass Deutschland die internationalen Verpflichtungen in der Entwicklungszusammenarbeit und der Internationalen Klimafinanzierung erfüllt.

Die Rahmenbedingungen für den Bundeshaushalt sind allerdings alles andere als einfach, der Angriffskrieg auf die Ukraine, die Inflation, die Energiekrise, die drohende Rezession, die Klimatransformation tragen dazu bei, dass die Einnahmeprognosen für das Jahr 2024 geringer ausfallen. In den letzten Jahren wurde aufgrund der Coronapandemie und des Angriffskrieges die Schuldenbremse ausgesetzt und Sondervermögen geschaffen, für 2024 hat die Bundesregierung entschieden, die Schuldenbremse wieder einzuhalten. Aufgrund dieser Tatsache werden im Haushalt des Auswärtigen Amts an zentralen Stellen Einsparungen vorgenommen.

Man kann es nicht beschönigen: dieser Haushalt ist eine unzureichende Antwort auf die vielen außenpolitischen Herausforderungen. Allerdings war bei Abschluss des Koalitionsvertrags auch noch nicht absehbar, welche besonderen Herausforderungen diese Zeit mit sich bringt. Nicht zuletzt durch die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, hat sich die weltweite humanitäre Notlage noch weiter verschärft, insbesondere im Globalen Süden.

Das Welternährungsprogramm geht von zusätzlich 200 Millionen Menschen aus, die dadurch vom Hungertod bedroht sind. Währenddessen werden die zerstörerischen Auswirkungen der Klima- und Biodiversitätskrise bei uns und im Globalen Süden immer deutlicher spürbar. Gleichzeitig klafft die Finanzierungslücke für die Prävention und Anpassung sowie insbesondere für Verluste und Schäden breit offen. Dürren und damit auch der globale Hunger werden in Zukunft weiter zunehmen. Als einer der weltweit größten Geldgeber spielt Deutschland eine wichtige Rolle, um akute Hungersnot zu lindern und durch Entwicklungszusammenarbeit die wirtschaftlichen und zivilen Strukturen im Globalen Süden zu stärken.

Die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Kürzungen aus dem letzten Jahr im Etat des Bundesministeriums für Entwicklungszusammenarbeit sind daher ein fatales Signal - denn Entwicklungszusammenarbeit braucht langfristige Planungssicherheit. Zur Erfüllung der Koalitionsvereinbarungen und eines verantwortungsvollen Umgangs in der aktuellen humanitären Notlage, hätte der Etat nicht so gekürzt werden dürfen.

Mit dem Regierungsentwurf und den Kürzungen haben wir sehr schwere Ausgangsbedingungen für das jetzige parlamentarische Verfahren. Bis Mitte November werden wir selbstverständlich versuchen, gemeinsam im Parlament das Beste aus diesem Haushalt rauszuholen und noch einige Veränderungen vorzunehmen. Aufgrund der Größe der Kürzungen müssen wir aber auch ehrlich sagen, dass das Parlament angesichts der gegebenen Umstände auch einen begrenzten Handlungsspielraum hat Kürzungen zurückzudrehen.

Wir hoffen, dass wir als Ampel-Haushälter*innen gemeinsam gute Lösungen finden werden. Versprechen kann ich an der Stelle aber bisher nur, dass wir uns größte Mühe geben werden.

Ich hoffe, ich konnte Dir mit dieser Antwort weiterhelfen.

Viele Grüße

Jamila

Büro Jamila Schäfer

Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

Mitglied im Haushaltsausschuss

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

www.jamila-schaefer.de

22.09.2023

Liebe Mitglieder des Vorstandes gewaltfrei grün e.V.,

vielen Dank für eure Mail!

Als Grüne verfolgen wir im Haushaltsausschuss ein klares Ziel: Internationale Gerechtigkeit muss auch im Haushalt finanziell unterlegt sein. Gemeinsam mit FDP und SPD haben wir im Koalitionsvertrag verankert, dass Deutschland die internationalen Verpflichtungen in der Entwicklungszusammenarbeit und der Internationalen Klimafinanzierung erfüllt. Wir treten dafür ein, eine ODA-Quote von mind. 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens einzuhalten. Bereits im Zuge der letzten Haushaltsberatungen ist deutlich geworden, dass die aktuelle Haushaltslage sehr schwierig ist. Die Ampel-Koalition hat vereinbart, ab 2023 die Schuldenbremse wieder einzuhalten. Allerdings war bei Abschluss des Koalitionsvertrags auch noch nicht absehbar, welche besonderen Herausforderungen diese Zeit mit sich bringt. Nicht zuletzt durch die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, hat sich die weltweite humanitäre Notlage noch weiter verschärft. Das Welternährungsprogramm geht von zusätzlich 200 Millionen Menschen aus, die dadurch vom Hungertod bedroht sind. Währenddessen werden die zerstörerischen Auswirkungen der Klima- und Biodiversitätskrise bei uns und im Globalen Süden immer deutlicher spürbar. Dabei klappt die Finanzierungslücke für die Prävention und Anpassung sowie insbesondere für Verluste und Schäden breit offen. Dürren und damit auch der globale Hunger werden in Zukunft weiter zunehmen. Als einer der weltweit größten Geldgeber spielt Deutschland eine wichtige Rolle, um akute Hungersnot zu lindern und durch Entwicklungszusammenarbeit die wirtschaftlichen und zivilen Strukturen im Globalen Süden zu stärken.

Die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Kürzungen aus dem letzten Jahr im Etat des BMZ sind daher ein fatales Signal - denn Entwicklungszusammenarbeit braucht langfristige Planungssicherheit. Zur Erfüllung der Koalitionsvereinbarungen - insbesondere der 0,7 Prozent ODA-Quote - und eines verantwortungsvollen Umgangs in der aktuellen humanitären Notlage, muss der Etat deutlich ansteigen. Bislang sind die Etatpläne für das Haushaltsjahr 2024 noch nicht bekannt. Die Beratungen dauern weiterhin an.

Vor diesem Hintergrund setzten sich die grünen Haushälter*innen in den parlamentarischen Haushaltsberatungen wie schon im letzten Jahr dafür ein, die Mittel für das BMZ zu erhöhen, die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags einzuhalten und den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Das ersetzt allerdings keine vorausschauende Finanzplanung, die Deutschlands Rolle als Förderer globaler Gerechtigkeit und Vorreiter bei Krisenprävention und -management stärkt.

Herzliche Grüße

Anna Deckenbach

-Büro Felix Banaszak MdB

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Mitglied im Haushaltsausschuss

Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: +49 30 227 74257

www.felixbanaszak.de

19.09.2023

Lieber Thomas, liebe Nicole, lieber Stefan, liebe Kerstin und lieber Martin,
vielen Dank für eure Nachricht und euren Einsatz für eine gerechtere Welt.

Die parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2024 haben Anfang September mit der ersten Lesung im Deutschen Bundestag begonnen und werden im November abgeschlossen. Vor dem Hintergrund der angespannten Lage im Bundeshaushalt sind die Rahmenbedingungen alles andere als einfach. Die vielen Sorgen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, Humanitären Hilfe und Friedenspolitik, die mich und meine Fraktion erreichen, nehmen wir ernst und diskutieren sie in der Fraktion und mit unseren Koalitionspartnern und nehmen sie in die anstehenden Haushaltsberatungen mit. Bei der Bundestagsdebatte zum Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung habe ich noch einmal deutlich gemacht, dass ich wie viele Grüne alles andere als einverstanden mit dem Haushaltsentwurf bin, wie ihn die Bundesregierung beschlossen hat. Hier findet ihr die Debatte zum Nachschauen, gerade die sehr klugen Reden unseres zuständigen Haushaltspolitikers Felix Banaszak und unserer entwicklungspolitische Sprecherin Deborah Düring kann ich sehr empfehlen:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw36-de-wirtschaftliche-zusammenarbeit-entwicklung-957756>.

Im Vorfeld des Beschlusses der Bundesregierung gab es – und deshalb ist der Haushalt erst relativ spät beschlossen worden – eine Kontroverse insbesondere mit Bundeskanzler Scholz und Finanzminister Lindner. Ich halte es weder für verantwortungsvoll noch zweckgemäß, in diesen Zeiten voller Herausforderungen einen Sparhaushalt vorzulegen, denn die berechtigten und notwendigen Bedarfe sind offensichtliche und viele Forderungen wie die eure mehr als nachvollziehbar.

Es bestehen zudem weitere multiple und große Herausforderungen im Bereich Klimaschutz, im Gesundheitssektor, im Bildungsbereich und im Bereich der sozialen Gerechtigkeit, in Deutschland und weltweit. Hinzu kommen die zusätzlichen Ausgaben zur Stärkung unserer Sicherheit nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, wie der angemessenen Ausstattung unserer Bundeswehr oder die Überwindung der Energiekrise und unseren teuren fossilen Abhängigkeiten. Auch hier müssen wir leider nach wie vor sehr viele Versäumnisse aus der Vergangenheit aufarbeiten. Aber es geht auch um dringend notwendige Investitionen in Klimaschutz, eine intakte Infrastruktur und die langfristige Sicherung unseres Wohlstandes getätigt werden.

Als grüne Bundestagsfraktion bringen wir immer wieder Vorschläge ein, wie wir die Haushaltlage grundsätzlich entlasten könnten und damit auch notwendige Spielräume schaffen könnten, um mehr und zielgenaue Unterstützung zu leisten, wo sie benötigt wird. Mehr als einmal haben wir dazu zum Beispiel die Abschaffung von klimaschädlichen und vor allem den Besserverdienenden zugutekommenden Subventionen, wie dem Dienstwagenprivileg, vorgeschlagen. Hierzu besteht aber keine Einigkeit mit den Koalitionspartnern. Jedoch steht gerade der Finanzminister in der Pflicht, einen soliden und den Bedürfnissen entsprechenden Haushaltsplan vorzulegen. Dieser darf nicht ignorieren, dass die Krisen der letzten Jahre und ihre Folgen für viele Menschen noch nicht vorbei sind. Realistisch will ich euch aber auch sagen, dass die Diskussionen mit unseren Koalitionspartnern alles andere als einfach sind und das Parlament nur bis zu einem gewissen Grad den entsprechenden Entwurf „heilen“ und Kürzungen zurücknehmen kann.

Viele Grüße

Agnieszka

Agnieszka Brugger

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: +49 30 227 71570

agnieszka.brugger@bundestag.de

www.agnieszka-brugger.de

Betreff: AW: Bitte den Militärhaushalt in den aktuellen Haushaltsberatungen 2024 kürzen - für mehr ÖPNV und wirklichen Klimaschutz

Datum: 2023-09-18T13:19:51+0200

Von: "Volker Goll" <niklas.wagener.ma01@bundestag.de>

An: "e-rachle@t-online.de" <e-rachle@t-online.de>

Lieber Elmar,

hab Dank für Deine Mail und auch das Positionspapier von "gewaltfrei grün e.V.". Dies ist nun auf verschiedenen Wegen auch an diverse Mitglieder der Fraktion gekommen. Ich möchte Dir im Namen von Niklas antworten, dass diese Positionen unter den Grünen im Verteidigungsausschuss diskutiert werden. Sollte es darauf eine Erwiderung / Antwort geben, werde ich Dir das gerne senden. Meine Berliner Büroleiterkollegin, Sophie, habe ich heute noch mal darauf hingewiesen, dass Sie das bitte mal auf die Tagesordnung setzen sollen. Sie ist auch die wissenschaftliche Mitarbeiterin in Sachen "Sicherheit, Verteidigung und Abrüstung".

Herzliche Grüße aus dem Wahlkreisbüro

Volker

Volker Goll

Büroleiter Bayern/WK Aschaffenburg

Niklas Wagener MdB

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Wahlkreisbüro Niklas Wagener, MdB

Hanauer Straße 13 ½

63755 Alzenau

Telefon: 06023 / 92 90 957

niklas.wagener.ma01@bundestag.de

13.09.2023

Liebe Nicole, Kerstin, Martin, Thomas, Stefan,

vielen Dank für eure Mail und euren Einsatz für ein friedliches Zusammenleben.

Ich nehme euer Anliegen gerne mit in die Haushaltsdebatte. Wir ihr sicher über die mediale Begleitung mitbekommt, sind diese Verhandlungen kein Zuckerschlecken. Dennoch kämpfen wir als Grüne Fraktion weiterhin für die Vorhaben, die wir als Gründe in unser Wahlprogramm geschrieben und wir als Bundestagsfraktion mit in den Koalitionsvertrag bekommen haben und versuchen dabei, so viel herauszuholen, wie geht.

Viele Grüße

Leon

--

Leon Eckert

Mitglied des Deutschen Bundestages

3. Bürgermeister der Gemeinde Eching

Platz der Republik 1

11011 Berlin

leon.eckert@bundestag.de

07.09.2023

Lieber Thomas, lieber Vorstand von Gewaltfrei-Grün,

vielen Dank für die Zuschrift zum Aufruf "Deutschlands Friedensfähigkeiten stärken", der uns bereits auf unterschiedlichen Wegen erreicht hat.

Ich und wir als Grüne Fraktion teilen viele Ziele des Aufrufs. Deutschlands Fähigkeiten bei ziviler Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung bilden eine wichtige Säule unseres internationalen Handelns. Sicherheit muss stets umfassend gedacht werden und den Menschen in den Mittelpunkt stellen - in Deutschland und anderswo. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang vor allem für die Verbesserung der finanziellen, personellen und strukturellen Voraussetzungen für eine zivile Handlungsfähigkeit ein, z. B. im Bereich Meditation, Rechtsstaatsförderung, Polizei, Versöhnung oder in friedens- und entwicklungspolitischen Projekten.

Im Koalitionsvertrag haben wir verankert, dass Krisenprävention und ziviles Konfliktmanagement "in besonderer Weise" gestärkt werden sollen. Das gilt auch und insbesondere für die Zeit nach dem völkerrechtswidrigen russischen Angriff auf die Ukraine, der in den vergangenen Monaten die politische Agenda dominiert hat. So ist es uns gelungen, im Zuge der Haushaltsverhandlungen den Titel für zivile Krisenprävention für das Jahr 2023 um rund 82 Mio. Euro zu erhöhen. Wir stehen weiterhin in ständigem Austausch mit den (zivilgesellschaftlichen) Akteur*innen der Friedensarbeit und Konfliktbearbeitung, um deren Perspektiven in unserem politischen Handeln aufzugreifen. Wir sind davon überzeugt, dass wir auf diesem Wege gemeinsam dazu beitragen können deutsche Friedensfähigkeiten nachhaltig zu stärken.

Beste Grüße,

Bruno Hönel

- versendet durch Sophia Marie Pott

Sophia Marie Pott

Presse - und Öffentlichkeitsreferentin

Bundestagsbüro Bruno Hönel MdB

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: +49 173 170 3105

Mail: bruno.hoenel.ma08@bundestag.de

Web: www.bruno-hoenel.de

06.09.2023

Lieber Thomas,

Herzlichen Dank für deine Nachricht.

Wir freuen uns immer sehr, wenn wir mit Grünen Mitglieder*innen in den Austausch treten können.

Die Friedensbewegung ist eine der wichtigsten Wurzeln unserer Partei. Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung sind auf jeden Fall zentrale Aspekte, die in einer Zeit des brutalen Angriffskrieges von Putin auf ein freies Land mitten in Europa unbedingt beachtet werden müssen.

Wenn wir über Investitionen in Sicherheit reden, müssen wir auch über Energiesicherheit, humanitäre Hilfe, zivile Krisendiplomatie und Bevölkerungsschutz sprechen. Das Geld muss sinnvoll eingesetzt werden und nicht wie oft in der Vergangenheit irgendwo versickern. Und das Parlament sollte im Zusammenhang mit der Sicherheitsfrage auch über die zivilen Komponenten und Entwicklungszusammenarbeit reden. Dazu kommt die eklatante Abhängigkeit von fossilen Energien. Energieversorgung ist Sicherheitspolitik. Wir brauchen einen Schub für den Ausbau von Erneuerbaren Energien, damit wir unabhängig von fossilen Energien werden.

Im Kampf gegen Armut, Hunger, den Klimawandel und für die soziale Gerechtigkeit brauchen wir den internationalen Schulterschluss.

All diese multiplen Krisen hängen zusammen, und sie verstärken sich gegenseitig. Resilienz zu stärken, bedeutet, nachhaltig Sicherheit zu schaffen: Sicherheit vor Hunger, Sicherheit vor Vertreibung, Sicherheit vor Armut, Sicherheit vor Konflikten und Sicherheit vor struktureller Gewalt. Sicherheit bedeutet eben nicht nur militärische Sicherheit. Genau deswegen sind wir nun dafür verantwortlich, dass es in den kommenden Jahren keine Schieflage zwischen den notwendigen Ausgaben für die Verteidigung, zivile Krisenprävention und eine menschenrechtsbasierte Entwicklungszusammenarbeit gibt.

Wir müssen in die Menschen, in eine nachhaltige Entwicklung und in Klimaschutz investieren, und zwar nicht erst in zehn Jahren, sondern jetzt und dauerhaft.

Wir Grüne im Bundestag stehen für eine Politik, bei der alle Menschen ein Recht auf Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit haben. Dazu wollen wir Armut verringern, Menschenrechte durchsetzen, Demokratie fördern und das Klima schützen. Um das umsetzen zu können ist es sicherlich der falsche Weg, den Rotstift bei der Entwicklungshilfe anzusetzen.

Wir werden uns bei der Beratung des Haushalts im Parlament für 2024 erneut sehr aktiv einbringen, damit die notwendigen Änderungen vorgenommen werden, um die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags zur globalen Gerechtigkeit einzuhalten und den Herausforderungen unserer Zeit auch international gerecht zu werden. Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit spielt dabei für die grüne Bundestagfraktion eine wichtige Rolle, für deren Stärkung wir uns auf jeden Fall einsetzen werden.

Liebe Grüße

i.A. Hannah

Mitarbeiterin

Wahlkreisbüro Coburg-Kronach

Johannes Wagner, MdB

Bündnis 90/Die Grünen

Judengasse 1

96450 Coburg

johannes.wagner.wk@bundestag.de

www.johannes-wagner.org

05.09.2023

Lieber Herr Muck,

vielen Dank für Ihre Nachricht und für das Schreiben. Ich werde sie gerne an Jan-Niclas weiterleiten.

Viele Grüße

Salome Oniani

Büro Dr. Jan-Niclas Gesenhues MdB

Umweltpolitischer Sprecher

Leiter AG Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

E-Mail: jan-niclas.gesenhues.ma08@bundestag.de

Tel.: 030 227 71269

Web: <https://gesenhues.eu>

Twitter: https://twitter.com/JN_Gesenhues

Facebook: <https://facebook.com/JanniGesenhues>

Instagram: https://www.instagram.com/janni_gesenhues/

05.09.2023

Liebe Freund*innen,

viele der nun vorgelegten Einsparmaßnahmen - gerade z. B. auch im sozialen Bereich - sehe ich sehr kritisch und würde sie natürlich gerne verhindern. Ihr kennt aber die aktuelle, angespannte Haushaltslage. Einsparungen müssen in allen Ministerien vorgenommen werden. Ich verstehe eure Sorge und eure Argumentation sehr gut. Diese Woche beginnen die Haushaltsberatungen. Ich kann euch heute aber nur versprechen, dass ich bei jeder Kürzung genau hinschauen werde, wen sie trifft und was die Folgekosten der Einsparung sind.

LG Beate

(Walter-Rosenheimer)

05.09.2023

Liebe Nicole Lauterwald, Kerstin Täubner-Benicke,

Lieber Thomas Mohr, Stefan Muck und Martin Pilgram,

ich danke euch herzlichst für eure E-Mail bezüglich des Bundeshaushaltsentwurfes 2024.

Der Bundeshaushalt 2024 wird in dieser Sitzungswoche erstmals vorgelegt und besprochen.

Euer Anliegen bezüglich der Mittelkürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitärer Hilfe im Entwurf des Bundeshaushaltes 2024 ist uns wichtig. Wir werden eurer Anliegen in die Haushaltsberatungen mitaufnahmen und versuchen die Kürzungen in den Haushaltsberatungen zu mindern.

Freundliche Grüße

Marcel Schröder

Sachbearbeiter

Büro Max Lucks MdB

Obmann im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Mitglied der deutschen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Kontakt | +49 30 227 72 810 | mail: max.lucks@bundestag.de

Web: <https://www.maxlucks.de/>

Facebook: <https://www.facebook.com/max.lucks>

Instagram: @max_lks | Twitter: @max_lucks

Bundestag: <https://www.gruene-bundestag.de/>

04.09.2023, 16:02 Uhr

Sehr geehrter Herr Mohr,

vielen Dank für die kritischen Hinweise zur aktuellen politischen Lage hier im Bundestag.

Der Haushaltsentwurf entstand unter schwierigen Bedingungen. Die wirtschaftliche Lage ist angespannt und trotz zahlreicher Krisen hat die Bundesregierung darauf verzichtet, weitere Notkredite in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig ist durch den Ausgleich der kalten Progression die Finanzlage belastet. An vielen Stellen im Etat besteht Nachbesserungsbedarf. Ein brutaler Kahlschlag, wie von vielen befürchtet, ist allerdings verhindert worden. Das gelingt vor allem durch die Nutzung von Sondervermögen wie dem Klima- und Transformationsfonds für die Finanzierung wichtiger Investitionen, aber auch durch geplante Mehreinnahmen. Auch die Sozialversicherungen tragen zur Deckung der Haushaltslücke bei. Der konkrete Konsolidierungsdruck in den Einzeletats konnte so verringert werden. Das ist angesichts der immensen Herausforderungen wichtig.

Es ist gut, dass sich das Kabinett auf einen Haushaltsentwurf einigen konnte. Jetzt ist das Parlament dran mit der Arbeit. Bis Ende November werden wir im Bundestag den Haushaltsentwurf intensiv bearbeiten und verbessern. Die Investitionen werden auf einem hohen Niveau gesichert, dabei geht es vor allem um Investitionen in saubere Mobilität und die Energie- und Wärmewende. Trotzdem müssen wir langfristig noch mehr in unsere Zukunft investieren.

Der ländliche Raum leidet besonders unter den Krisen, deswegen war es wichtig, dass hier Einschnitte verhindert werden. Das ist im Kabinett gelungen. Die GAK und die GRW sind weiterhin gut ausgestattet. Auch die Kürzung wichtiger Förderprogramme für Mittelstand und Industrie konnte verhindert werden. Es wäre ein fatales Signal, in einem wirtschaftlichen Abschwung die Förderung in diesem Bereich zu schwächen. Auch für Umweltschutz, Meeresschutz und Biodiversität hält der Haushalt weiterhin viele Mittel bereit.

Das Auswärtige Amt konnte nach langen und harten Verhandlungen fast eine Milliarde Euro mehr für sich einwerben als im letzten Finanzplan vorgesehen. Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention bleiben damit zentrales Instrument der Außenpolitik. Auch die auswärtige Kulturpolitik konnte auf hohem Niveau gesichert werden. Wichtig ist zudem die Zusage, dass bei Mehrbedarfen aufgrund unvorhergesehener Krisen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig gibt es ein erhebliches Missverhältnis zwischen den Ausgaben für Diplomatie, Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und den Ausgaben für Verteidigung.

Die Kindergrundsicherung kommt, das ist ein großer Erfolg. Der Kanzler hat einen klaren Auftrag erteilt. Allen ist klar, dass die im Finanzplan vorgesehenen 2 Milliarden Euro lediglich ein Platzhalter sind. Ebenso konnten Kürzungen im Programm „Demokratie leben!“ verhindert werden. Das Programm bleibt stabil. Das ist angesichts aktueller Entwicklungen rund um Verschwörungstheorien, Antisemitismus und extrem rechter Gewalt dringend nötig.

Jetzt liegt noch einiges an Arbeit vor uns. Der Haushalt wird sich an vielen Stellen noch verändern müssen. Unsere Ziele für die Haushaltsberatungen sind dabei klar: Wir stärken die Demokratie und soziale Gerechtigkeit, bekämpfen die Klimakrise, sichern Investitionen, sorgen für mehr Biodiversität und setzen ein klares Zeichen für internationale Solidarität. Wir wollen auch unabhängig vom Haushalt weiter den Abbau klimaschädlicher Subventionen angehen, wie das Dienstwagenprivileg, oder eine gerechte Steuerpolitik, die die Reichen in die Verantwortung nimmt. Gerade mit Blick auf die finanzpolitischen Herausforderungen im Finanzplan wird das wichtig sein. Wir wollen die Investitionen in Deutschland weiter erhöhen und dafür die Finanzierung sicherstellen. Dafür braucht es eine gerechte und ökologische Verbesserung der Einnahmehasis, zumindest solange kreditfinanzierte Investitionen ausgeschlossen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Infoservice der Bundestagsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen

im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Thomas Mohr <thomas-mohr@gmx.de>

Gesendet: Sonntag, 3. September 2023 21:57

An: Info - GRÜNE Bundestagsfraktion <Info@gruene-bundestag.de>

Cc: Vorstand gewaltfrei grün <vorstand@gewaltfrei-gruen.de>

Betreff: Bundeshaushalt 2024: Deutschlands Friedensfähigkeiten stärken statt schwächen!

Liebe Mitglieder der grünen Bundestagsfraktion,

unser im April 2023 gegründeter Verein gewaltfrei grün e.V. möchte mit dem beiliegenden Schreiben zur Haushaltsberatung einen dringenden Appell an euch richten:

Lasst keine Kürzungen bei Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zu. Stärkt Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten und setzt euch in den Haushaltsberatungen dafür ein, die Mittel für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung weiter auszubauen.

Zudem braucht Deutschland ein friedenspolitisches Gesamtkonzept, das derzeitige haushaltspolitische Grenzen überwindet und so unserem Wahlprogramm von vor zwei Jahren gerecht wird.

Wir bitten um Weiterleitung unseres Schreibens an die zuständigen grünen Fachpolitiker*innen und freuen uns über eure Reaktionen!

Mit herzlichen Grüßen

Thomas Mohr, Nicole Lauterwald, Stefan Muck, Kerstin Täubner-Benicke, Martin Pilgram Vorstand
gewaltfrei grün e.V.

www.gewaltfrei-gruen.de <https://smex-ctp.trendmicro.com:443/wis/clicktime/v1/query?url=http%3a%2f%2fwww.gewaltfrei%2dgruen.de&utm_id=2052400f-ac7c-41f8-b089-be80664bff1b&auth=07af28514fc63c46bd8992a506b0d33fae61ef2b-707d47904f450564d6c28482a58c736214bb19ad>